

Internationaler Tag gegen rassistische Diskriminierung: Deutschland auf dem falschen Weg

Heute, am 21. März, dem internationalen Tag zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung, müssen wir feststellen: Selten war Deutschland weiter von diesem Ziel entfernt als in diesem Jahr. Auf allen politischen Ebenen werden geflüchtetenfeindliche Debatten geführt, die nicht nur eine verhärtete gesellschaftliche Stimmung erzeugen, sondern auch aktiv Rassismus und Ausgrenzung befeuern. Die politischen Entscheidungsträger*innen entziehen sich ihrer Verantwortung, gegen rassistische Diskriminierung vorzugehen – stattdessen forcieren sie Maßnahmen, die die Spaltung unserer Gesellschaft weiter vertiefen und kürzen Demokratie-, Integrations- und Vielfaltsinitiativen häufig auch noch Gelder.

Ein bezeichnendes Beispiel ist das jüngste Sondierungspapier von SPD und CDU auf Bundesebene: Es spricht ausschließlich von der "Abwehr" geflüchteter Menschen, anstatt konstruktive Lösungen für die realen Herausforderungen wie Kita- und Schulplätze, Fachkräftemangel oder den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu bieten. Diese Politik setzt bewusst auf Abschreckung und Entrechtung – auf Kosten der gesellschaftlichen Teilhabe und des sozialen Friedens.

Als Zivilgesellschaft übernehmen wir – einmal mehr – die Aufgabe, diesen Entwicklungen entgegenzutreten. Denn die aktuelle Politik sät die Grundfesten für immer mehr Rassismus in Deutschland. Geflüchtetenfeindlichkeit ist nicht isoliert zu betrachten: Sie schafft eine Stimmung der Abwertung, die längst nicht nur geflüchtete Menschen betrifft. Wenn wir jetzt nicht entschieden dagegenhalten, wird diese Entwicklung unumkehrbar.

Grenzsicherungen und Bezahlkarte: Diskriminierung als Politik

Alarmierend sind vor allem einerseits die konkret europarechtswidrigen Pläne von CDU und SPD auf in ihrem vorgelegten Sondierungspapier:

Die geplante Zurückweisung von Schutzsuchenden an deutschen Grenzen verstößt nicht nur gegen europäische Vereinbarungen, sondern führt zwangsläufig zu einem massiven Anstieg von Racial Profiling und Gewalt an den Grenzen.

Ebenso besorgniserregend ist die verstärkt geforderte Einführung der diskriminierenden Bezahlkarte für geflüchtete Menschen in ganz Deutschland und die angedrohten Sanktionen für die solidarischen Tauschaktionen. Die

Bezahlkarte ist ein Instrument der Ausgrenzung, das geflüchtete Menschen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe einschränkt, während profitorientierte Drittanbieter daran mit Steuergeldern verdienen. Besonders perfide ist die geplante Sanktionierung von Umtauschversuchen – ein repressiver Schritt, der klar zeigt, dass es nicht um pragmatische Lösungen, sondern um Kontrolle und Demütigung geht.

Als Teil des Bündnisses „[Gleiche Soziale Rechte für Alle](#)“ beteiligen wir uns heute am bundesweiten [Aktionstag](#) gegen die Bezahlkarte. Wir lehnen dieses diskriminierende Instrument entschieden ab, weil es eine inhumane Grenzpolitik nach innen darstellt – eine Politik, die Menschen nach „wir“ und „die“ trennt, statt echte gesellschaftliche Integration zu ermöglichen.

Unser Appell: Keine Grenzen in unseren Nachbarschaften!

Auch der Berliner Senat hat sich für die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen. Wir werden dagegenhalten. Denn wir wollen keine neuen Grenzen in unserer Stadt, keine Spaltung unserer Communities, keine Aushöhlung der Grundrechte geflüchteter Menschen.

Es gibt Alternativen: Die Einführung des diskriminierungsfreien [Basiskontos](#) für alle Menschen war 2016 eine pragmatische und menschenwürdige Lösung – anstelle eines Instruments, das einzig und allein Stigmatisierung zum Ziel hat. Die Abschaffung der Bezahlscheine war ein richtiger Schritt, den wir nicht rückgängig machen dürfen.

Wir fordern anlässlich des heutigen Tages zur Beseitigung der rassistischen Diskriminierung den Berliner Senat und die Bundesregierung auf, rassistische Sondergesetze und Entrechtungsmaßnahmen gegen geflüchtete Menschen zu stoppen.

Die Antwort auf soziale Herausforderungen darf nicht Ausgrenzung sein – sondern Solidarität, soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte für Alle.

Pressekontakt: Adam Bahar 030 22476311

Wenn Ihr keine Infomails oder Pressemitteilungen mehr bekommen wollt, könnt ihr euch unten abmelden.

Wir suchen dich! Werde Fördermitglied oder Spender*in und sei mit uns die laute und starke Zivilgesellschaft, die gerade mehr denn je gefragt ist.

Spenden an den Flüchtlingsrat Berlin e.V.



Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405, Berlin

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Abbestellen](#)